

Angst vor unabsehbaren Schäden

Die Förderung von 9,5 Millionen Kubikmeter Wasser pro Jahr im Wasserwerk Wohratal bleibt umstritten

Wasser aus dem Burgwald in das Rhein-Main-Gebiet zu pumpen, kann nicht die Lösung für Probleme vor Ort sein, sagt Dr. Anne Archinal. Ein für sie neues Schaubild zum Grundwasser bereitet ihr zusätzlich Sorgen.

Fortsetzung von Seite 1
von Götz Schaub

Wetter. Mit der Erlaubnis des Regierungspräsidiums Gießen, Wasser aus dem Wasserwerk Wohratal, also aus dem Burgwaldgebiet, in das Rhein-Main-Gebiet fließen zu lassen, will sich die Aktionsgemeinschaft „Rettet den Burgwald“ mit Sitz in Wetter nicht abfinden. Dr. Anne Archinal, Vorsitzende der Aktionsgemeinschaft, freut sich darüber, dass das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eine Erarbeitung eines Leitbilds für ein integriertes Wasser-Ressourcen-Management Rhein-Main auf den Weg gebracht hat.

„Das Leitbild ist eine einmalige Chance für eine nachhaltige Wasserversorgung der nachfolgenden Generationen in Vereinbarkeit mit dem Naturschutz“, sagt sie. Sie tritt mit anderen hessischen Naturschutzverbänden im bis Mitte 2018 laufenden Verfahren in etlichen Arbeitsgruppensitzungen für den Naturraum im Wohratal und Burgwald ein. Redaktionell erarbeitet wird das Leitbild von einer Arbeitsgemeinschaft verschiedener Fachbüros unter der Federführung des Umweltministeriums.

Bereits im Januar dieses Jahres wurde den Teilnehmern das Konzept des Prozesses vorgestellt. Zudem gibt es bereits eine vorbereitende Systemanalyse der Wasserversorgung Rhein-Main zum Leitbildprozess. Und beim Studium dieser Systemanalyse stieß Anne Archinal auf eine nach ihren Worten „bemerkenswerte Grafik“, die ihr so noch nicht bekannt war. Dabei geht es um eine Auflistung der Nutzung der Grundwasserneubildung für die Wasserversorgung. Während überall im Landkreis Marburg-Biedenkopf der genutzte Anteil bei



In der Systemanalyse zur Wasserversorgung Rhein-Main heißt es zu diesem Schaubild: „Die Grundwasserneubildung der Grundwasserkörper wird in sehr unterschiedlichem Maße ausgeschöpft. Der Anteil liegt im Odenwald, im Taunus und im Spessart bei weniger als 25 Prozent, bei rund 50 Prozent im Hessischen Ried und 60 Prozent im südlichen Vogelsberg und erreicht 75 Prozent im nördlichen Landkreis Marburg-Biedenkopf.“ Grün gestrichelt ist die Leitung von Wohratal in den Vogelsberg dargestellt. Rechts: das Wasserwerk Wohratal. Screenshot: OP; Archivfoto

zirka 25 Prozent liegt, gibt es mit 76 Prozent im nördlichen Teil des Landkreises, in dem auch Teile des Burgwalds liegen, einen deutlichen Ausreißer nach oben. Mittendrin befindet sich das Wasserwerk Wohratal. Für Süd- und Mittelhessen ist das der höchste Ausnutzungsgrad. Im südlichen Vogelsberg wird ein Wert von 60 Prozent erreicht, im Hessischen Ried von rund 50 Prozent.

Negativbeispiel Hessisches Ried

Apropos Hessisches Ried: Das schrillen sofort die Alarmglocken. Im April vergangenen Jahres fasste die „Frankfurter Neue Zeitung“ kurz und prägnant

zusammen, was es mit dem Hessischen Ried als langjährigem Wasserlieferanten für das Rhein-Main-Gebiet mit seinen rund vier Millionen Einwohnern auf sich hat. Dort gibt es zwar seit 20 Jahren ein Grundwasser-Management, doch der Natur hat dessen Umsetzung in die Praxis offensichtlich wenig genutzt. Auf 11 000 Hektar steht geschädigter Wald.

Trotz der nur mittleren Ausnutzung der Grundwasserneubildungsrate. Für die Rettung wurden im aktuellen Haushalt 3,5 Millionen Euro reserviert. Nicht zuletzt die kritische Situation im Hessischen Ried hat den Ruf nach dem Leitbild mit dem Ziel, die Wasserversorgung Rhein-Main nach-

Maßgabe, dass die jährliche Fördermenge 9,5 Millionen Kubikmeter pro Jahr nicht überschreiten darf. Diese Menge hält man dort für vertretbar, zumal ein älteres, jetzt erloschenes Wasserrecht bis zu 11 Millionen Kubikmeter erlaubte. Weil der hiesige Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke (ZMW) für die eigene Versorgung aber nur ca. 7,5 Millionen Kubikmeter benötigt, beantragte er die übrigen zwei Millionen Kubikmeter, um sie über die Oberhessische Versorgungsbetriebe AG (OVAG) über dessen Vogelsbergleitung an das Rhein-Main-Gebiet abzugeben. Archinal hat schon wiederholt darauf aufmerksam gemacht, dass die Entnahme von 9,5 Millionen Kubikmeter Grundwasser pro Jahr für das Wasserwerk Wohratal faktisch eine deutliche Anhebung der Fördermenge bedeute.

Wie das? „Die 11 Millionen waren zwar bis 2016 genehmigt, sind aber in den letzten 20 Jahren nicht gefördert worden. Die tatsächliche Fördermenge lag bei +/- 7,5 Millionen.“ Und

was bedeutet das jetzt? „Irgendwo mehr Grundwasser zu entnehmen, hat immer Folgen“, sagt Archinal. Und bestimmt keine positiven für die umliegende Flora und Fauna. In Zusammenarbeit mit dem bis dato für sie unbekanntem Wert von 76 Prozent bei der Ausschöpfung

der Grundwasserneubildung hält sie es deshalb für erforderlich, dass das Regierungspräsidium seine jetzt für 30 Jahre erteilte Fördergenehmigung kritisch überprüft und die Fördermenge deutlich nach unten korrigiert. „Es kann sowieso nicht die Lösung sein, die Trinkwasserversorgung des Rhein-Main-Gebiets über lange Leitungen quer durchs Land aufzustocken und Möglichkeiten vor Ort zur Wassergewinnung nicht zu nutzen“, so Archinal, „schließlich ist Rhein-Main eines der wasserreichsten Gebiete Deutschlands.“



Exkursion über Äcker, Felder und Wiesen

Marburg. Im Rahmen der alljährlichen Naturschutz-Erlebnistage und im Zusammenhang mit der hessischen Biodiversitäts-Strategie findet am Sonntag, 21. Mai, eine zweieinhalbstündige Exkursion in die Schlierbacher Gemarkung statt. Im Mittelpunkt stehen die Pflanzen- und Tierwelt sowie Landschafts- und Heimatgeschichte. Treffpunkt ist um 14 Uhr das Dorfgemeinschaftshaus im Bad Endbacher Ortsteil Schlierbach. Dort werden Fahrgemeinschaften gebildet, und es geht zunächst in die Feldgemarkung westlich von Schlierbach, wo Wiesen, Äcker, Wegeraine und eine kleine Wacholderheide die Ziele sind, und anschließend weiter in Richtung Wallenfels. Vertreter des Heimatvereins Schlierbach werden auf die Spuren vergangener Bergbau-Aktivitäten in diesem Gebiet aufmerksam machen.

NORDKREIS-MELDUNGEN

Christenberger Straße wird saniert

Münchhausen. Aufgrund von Straßensanierungsarbeiten im Bereich der Christenberger Straße im Ortsteil Münchhausen wird es am Montag, 15. Mai, sowie am Dienstag, 16. Mai, zu erheblichen Behinderungen kommen. Die Gemeinde weist darauf hin, dass Friedhofsbesucher an diesen beiden Tagen nicht auf den Christenberg fahren können.

Unterwegs im Wald

Oberasphe. Am Sonntag, 14. Mai, veranstaltet die Feuerwehr Oberasphe einen Waldbegang. Treffpunkt ist um 10 Uhr an der Ecke Dexbacher Straße/Weite Höhe. Nach einem Liedvortrag geht es gemeinsam auf den Frühstücksplatz. Zurück am Feuerwehrgerätehaus gibt es Mittagessen und im Anschluss Kaffee und Kuchen.

LANDKREIS-MELDUNG

Linker Talk mit Dietmar Bartsch

Marburg. Der Kreisverband der Linken Marburg-Biedenkopfveranstaltet am Mittwoch, 17. Mai, eine Talk-Runde mit dem Fraktionsvorsitzenden der Linken im Bundestag, Dietmar Bartsch, sowie der Marburger Bundestagskandidatin Lise Kula und dem Landesvorsitzenden der Linken, Jan Schalauske. Die Veranstaltung beginnt um 17.30 Uhr im Stadtverordnetenversammlungssaal, Barfüßerstraße 50, in Marburg. Dietmar Bartsch, der zusammen mit Sahra Wagenknecht die Bundestagsfraktion der Linken leitet, wird sich in seiner Rede mit der aktuellen politischen Lage und den Vorschlägen der Partei für die Bundestagswahl im September befassen.

POLIZEI

Unbekannter fährt gegen Eckpfosten

Goßfelden. Am Samstag, 6. Mai, erhielt die Bewohnerin eines Hauses am Anfang des Otto-Ubbelohde-Weges durch Nachbarn den Hinweis auf ihre beschädigte Gartenmauer. Der Schaden entstand vermutlich am Freitag, 5. Mai, zwischen 8 und 19 Uhr. Die Polizei vermutet, dass ein Auto beim Wenden oder bei der Einfahrt in die Zufahrt des Nachbargrundstücks mit dem Eckpfosten der Mauer kollidierte.

Hinweise an die Polizei Marburg, Telefon 0 64 21 / 40 60.

Wenn Ehrenamt zum beruflichen Nachteil wird

Unterstützung für Feuerwehren: SPD-Abgeordnete Löber weist auf Personal- und Akzeptanzprobleme hin



Für das Beseitigen einer Ölspur hört beim Arbeitgeber oft die Toleranz auf, wenn die Mitarbeiter mit der freiwilligen Feuerwehr ausrücken. Archivfoto: Nadine Weigel

Die freiwilligen Feuerwehren im Landkreis sind zunehmend überfordert. Auch auf Arbeitgeberseite sinkt das Verständnis für bestimmte Einsätze. Die SPD-Landtagsabgeordnete fordert mehr Anerkennung für das Ehrenamt.

Marburg. Durch ihre ständige Abrufbereitschaft sichern die haupt- und ehrenamtlichen Helfer der Feuerwehr die Sicherheit und den Schutz der Bürger Hessens und ihr Eigentum. „Dieses Engagement muss mehr gewürdigt werden“, sagte Angelika Löber, Landtagsabgeordnete der SPD. Besonders gelte es, die verstärkt auftretenden Personalprobleme zu lösen.

Löber unterstrich damit die Aussagen ihres Kollegen Dieter Franz, feuerwehrpolitischer Sprecher der SPD. Angesichts des zunehmenden Drucks am Arbeitsplatz werde von den Aktiven verstärkt hinterfragt, ob

bestimmte Einsätze und Tätigkeiten notwendig seien. Genannt wurden beispielsweise die Themen Tragehilfen für Rettungsdienste, Ölspurbeseitigung und Absicherung auf Straßen für Hessen Mobil sowie Brandschutzerziehung.

Kreisbrandinspektor Lars Schäfer sieht dieses Problem ebenfalls: „Wenn Feuerwehrleute bei einem Einsatz Verkehrsschilder abflexen, Leitplanken wegnehmen und Ölspuren beseitigen müssen, haben Arbeitgeber dafür kaum mehr Verständnis.“

Jugendliche verzichten oft auf Ehrenamtsbescheinigung

Es müsse darüber nachgedacht werden, ob dies nicht doch Aufgaben des Straßenbausträgers seien. Sonst werden Kameraden sich aus dem Dienst zurückziehen, merkte Schäfer an. Auch die Kommunen müssen sich laut Schäfer mehr bewusst machen, dass die Feuerwehr eine Abteilung der Kommunalverwaltung ist. Sie sollten darüber nachdenken, welche bislang eh-

renamtlichen Aufgaben besser hauptamtlich erledigt werden könnten, um die Freiwilligen zu entlasten. „Warum nicht einen hauptamtlichen Gerätewart einstellen?“, fragt der Kreisbrandinspektor.

Dass die Feuerwehren durch die Übernahme immer neuer Aufgaben zunehmend überfordert sind, wird bei der Kooperationsvereinbarung „Feuerwehr und Schule“ deutlich. Dort gibt es noch keine klaren Regelungen bezüglich der Freistellung der Brandschutz-Erzieher, der Übernahme der Kosten und der Aufsichtspflicht während der Unterrichtseinheiten.

„Mehr als bedenklich erscheint uns, wenn viele Jugendliche auf eine Ehrenamtsbescheinigung verzichten, weil sie befürchten, dass es ihnen beruflich weniger Vorteile als vielmehr Nachteile bringen könnte“, sagt Löber. „Gemeinsam sollten wir nach Lösungen für neue Fragestellungen suchen, um einen konstruktiven Beitrag für die Sicherheit der Bürger zu leisten“, so die Abgeordnete.